



Tagesordnung 1 Punkt 3 der öffentlichen Sitzung am 23. September 2014

Vorlagen-Nr. 14-F-03-0089

Perspektive des Frauenreferats

- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 10.09.2014 -

Das Frauenreferat erfüllt wichtige Aufgaben, um die Gleichstellung von Frauen und Männern voran zu bringen. Die Arbeit ist vielfältig, sie umfasst die Vernetzung und den Kontakt zu allen frauenpolitisch aktiven Projekten, Initiativen und Vereinen, Öffentlichkeitsarbeit mit Kampagnen, Veranstaltungen, Erstellung von Informationsbroschüren sowie die direkte Beratung von Frauen. Dabei werden so unterschiedliche Bereiche wie Hilfen für Alleinerziehende, Gender Pay Gap, Gewalt gegen Frauen, Altersarmut etc. bearbeitet. Einer der Bereiche, die im Frauenreferat angesiedelt waren, „Bündnis für Familie“, ist jüngst überraschend zusammen mit der Finanzausstattung zum Sozialdezernat verschoben worden.

Veränderte gesellschaftliche Anforderungen können möglicherweise auch zu veränderter Schwerpunktsetzung im Frauenreferat führen. Allerdings sind fast alle Forderungen der ersten Frauenbewegung vor mehr als hundert Jahren noch immer höchst aktuell und die im Grundgesetz verankerte Gleichstellung von Frauen und Männern ist keinesfalls in allen Bereichen umgesetzt. Daher ist es unabdingbar, auch zukünftig für die überaus notwendige und weiterhin erfolgreiche Arbeit des Frauenreferats die gebührende Planungssicherheit und Unterstützung auf lange Sicht zu gewährleisten und durch verbindliche konzeptionelle Absprachen zu regeln, bzw. bestehende Vereinbarungen zügig umzusetzen.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

- welche Vorstellungen von Zielvorgaben und Konzepten er für die nächsten 10 Jahre für das Frauenreferat entwickelt hat und für die Umsetzung zur Diskussion stellt;
- wie die zukünftige strukturelle Anbindung an die Dezernate geregelt ist;
- wie und wann die bereits zugesagte Ausstattung umgesetzt wird und wie die finanzielle, personelle und räumliche Ausstattung zukünftig weiter zu entwickeln ist;
- ob er der Wichtigkeit der Position der kommunalen Frauenbeauftragten entsprechend weiterhin die Ansiedlung auf Amtsleiterinnenebene mit der entsprechenden finanziellen und materiellen Ausstattung zu unterstützen bereit ist.

Beschluss Nr. 0057

Der Antrag ist abgelehnt

Herrn Stadtverordnetenvorsteher
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .09.2014

Schuchalter-Eicke
Vorsitzende

Der Stadtverordnetenvorsteher

Wiesbaden, .09.2014

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Nickel
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .09.2014

Dezernat I
Dezernat I/F
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Gerich
Oberbürgermeister